Stand: 15.12.2025 18:03:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8940

"Lehr- und Lernmethode des Service Learning / Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/8940 vom 11.11.2015
- 2. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/9751 des BI vom 26.11.2015
- 4. Beschluss des Plenums 17/9888 vom 02.02.2016
- 5. Plenarprotokoll Nr. 64 vom 02.02.2016



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.11.2015 Drucksache 17/8940

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Lehr- und Lernmethode des Service Learning / Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die kompetenzorientierte Lehrund Lernmethode des Service Learning / Lernen durch Engagement bei der neuen Generation der Lehrpläne an den weiterführenden Schulen ("LehrplanPLUS") fest zu etablieren.

Begründung:

Service Learning / Lernen durch Engagement verbindet im Lehrplan verankerte Unterrichtsinhalte mit konkreten gemeinnützigen Projekten im näheren Umfeld der Schule. Mit Hilfe dieser Lehr- und Lernmethode kann bürgerschaftliches Engagement bereits an den Schulen angebahnt und mit Unterrichtsinhalten verknüpft werden. Damit das Service Learning / Lernen durch Engagement einen festen Platz an den bayerischen Schulen erhält und eine Verknüpfung mit Standards umgesetzt werden kann, ist eine Verankerung in den Lehrplänen der weiterführenden Schulen unabdingbar. Die künftigen Lehrpläne aller weiterführenden Schulen ("LehrplanPLUS") bieten dabei eine große Chance, da sie auf die Kompetenzorientierung ausgerichtet sind. Die Lehr- und Lernmethode des Service Learning / Lernen durch Engagement eröffnet bei der Ausbildung von Kompetenzen große Möglichkeiten und sollte deshalb fester Bestandteil aller Lehrpläne der weiterführenden Schulen sein. Je nach Lehrplaninhalt bietet es sich an, in allen Jahrgangsstufen und Fächern bereits in den curricularen Vorgaben auf konkrete Möglichkeiten von Service-Learning-Projekten hinzuweisen.

den sind, an den Realschulen und den Gymnasien unterstützen wollen. Diese Modelle wollen wir im kommenden Schuljahr deutlich ausweiten. Das ist unsere Gesamtkonzeption.

Das momentane System beruht auf den Erfahrungen mit den Flüchtlingsbewegungen der Neunzigerjahre. Damals wurde die Definition der Schulpflicht im jetzigen Umfang und der jetzigen Konfiguration entwickelt. Eine nachhaltige Beschulung und das Einsetzen der Schulpflicht ist danach vorgesehen, wenn ein längerer Verbleib in einer Einrichtung, zum Beispiel einer Gemeinschaftsunterkunft, sicher ist. Dann sollen die Integrationsleistungen möglichst früh einsetzen. Die frühe Begegnung der Kinder mit der deutschen Sprache im Rahmen eines staatlichen Angebots ist jedoch an allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern State of the Art.

Frau Kollegin Wild, Sie haben richtigerweise festgestellt, dass es daneben Angebote dritter Träger, zum Beispiel der Inneren Mission oder Ehrenamtlicher, zum Erlernen der deutschen Sprache gibt. Außerdem haben wir in Bayern rund 70 Bildungsregionen, die wir darauf hingewiesen haben, dass die Integration der jungen Flüchtlinge in den allgemeinbildenden Schulen und auf ihrem Weg durch die duale Ausbildung eine Aufgabe ist, die zusammen mit den Experten in den Bildungsregionen in den Landkreisen und kreisfreien Städte angegangen werden sollte. Wir haben des Weiteren die Entwicklungen der Schulpflicht im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen im Blick. Die Anforderungen sind heute möglicherweise andere als in den Neunzigerjahren, als die Schulpflicht neu gefasst wurde. Wir werden darauf reagieren. Das ist die momentane Situation. Ich würde das, zumindest in Umrissen, als Konzept bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Nachdem die CSU jetzt eine namentliche Abstimmung beantragt hat - -

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass ich die Pflicht habe, dies so mitzuteilen. Das tue ich hiermit.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Einmal, wenn wir mehr sind!)

Wir können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir wären bereit! – Inge Aures (SPD): Wir sind da!)

- Ich auch, Frau Kollegin. - Ich möchte noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8936, 17/8937 und 17/8939 bis einschließlich 17/8941 sowie 17/8953 und 17/8954 in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Volkmar Halbleib, Harald Güller u. a. (SPD) Verlängerung des Erbbaurechts für die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld (Drs. 17/8075)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Kränzlein das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Antrag geht es nicht nur um ein kleines regionales Anliegen, sondern es geht um die Frage, wie wir mit staatlichen Grundstücken umgehen, die bereits mit Wohnungen bebaut sind und sich im Besitz von anderen Trägern befinden. Es geht darum, wie wir überhaupt mit Grundstücken, die dem Wohnungsbau zugeführt werden sollen, umgehen wollen. Wir können dies sehr gut an dem interessanten Beispiel der Baugenossenschaft Oberwiesenfeld diskutieren. Diese Wohnungsbaugenossenschaft feiert in Kürze ihr hundertjähriges Bestehen. Sie hat im Jahre 1918, in einer Notlage nach dem Ersten Weltkrieg, ein großes Grundstück des Freistaates Bayern erhalten, um der damaligen Wohnungsnot zu begegnen.

In einem Geviert in Schwabing im Bereich der Ackermannstraße und der Deidesheimer Straße wurde ein Wohnblock mit 169 Wohnungen gebaut, der heute zu einem Viertel von Staatsbediensteten bewohnt wird. Die Durchschnittsmiete in diesem Geviert liegt bei 7,40 Euro, was für München geradezu sensationell ist. Bei Alt-Wohnungen liegt die Miete bei 4 Euro. Bei einem Neubezug und einer Totalsanierung im Wert von 100.000 Euro liegt der Mietpreis bei 9,90 Euro.

Diese Erbpacht läuft nun aus. Die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld will ihr Grundstück und diese Wohnanlage behalten und weiterführen. Deshalb möchte sie eine Verlängerung der Erbpacht erreichen. Die Verhandlungen mit der IMBY sind gelaufen und waren eigentlich positiv. Die CSU hat jedoch über das Finanzministerium im Haushaltsausschuss einen Stopp verfügt. Der Finanzminister will keine Erbpacht-Verlängerung und auch keinen Verkauf des Grundstücks an die Baugenossenschaft Oberwiesenfeld zu einem verträglichen Preis. Der Freistaat will dieses Wohnbau-Projekt an sich ziehen und die Anlage in der Zu-



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/9751 26.11.2015

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/8940

Lehr- und Lernmethode des Service Learning / Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Dr. Hans Jürgen Fahn Dr. Ute Eiling-Hütig Mitberichterstatterin:

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 38. Sitzung am 26. November 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Martin Güll Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

02.02.2016 Drucksache 17/9888

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/8940. 17/9751

Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Alle Fraktionen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten: (E) (G) (ENTH) (A)		einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss			
1.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Regelung zur Berücksichtigung der Dyskalkulie gefordert! Drs. 17/1619, 17/9744 (A)				
Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus					
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A				Z
2.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mehr Transparenz in der bayerischen Förderpolitik Drs. 17/8205, 17/9658 (A)				
		Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie			
	CSU		SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			A	Z
3.			en Margarete Bause, und Fraktion (BÜNDN		

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

FREIE WÄHLER

GRÜ

Z

Schienennahverkehrsplan endlich fortschreiben

SPD

Ζ

Votum des federführenden Ausschusses für

Drs. 17/8397, 17/9659 (E)

CSU

Z

4.	Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Staatliche Förderung und Beratung zur Reduktion der Milchmenge einsetzen Drs. 17/8642, 17/9752 (A)				
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
5.	Antrag der Abgeordne Eberhard Rotter u.a. C Brutto- statt Nettovertr Drs. 17/8671, 17/9661	SU ag für die S-Bahn Mür (ENTH)			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
		ENTH	Z	Z	
6.	Dringlichkeitsantrag de Gabi Schmidt u.a. und Verankerung einer ver Europarecht verhinder Drs. 17/8689, 17/9743	Fraktion (FREIE WÄF pflichtenden Sperrklaun! (A)	HLER)		
	Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	A		Z	
7.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Asylsozialarbeit in Erstaufnahmeeinrichtungen sicherstellen Drs. 17/8690, 17/9707 (A)				
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	A	Z	Z		

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜN Sprengstoff-Suchgeräte Drs. 17/8762, 17/9740 (E) 			EN)			
	Votum des fe Gesundheit u	derführenden Ausschus: nd Pflege	ses für			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
9.	 Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen, Ruth Müller u.a. SPD Gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Sprengstoffsuchgeräte am Münchner Flughafen Drs. 17/8807, 17/9739 (E) [X] 					
		Votum des mitberatenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	Z	Z	Z	Z		
	sung des mit	tberatenden Ausschus	Abs. 3 BayLTGeschO bear ses für Kommunale Frage ıng zugrunde zu legen.			
10.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Bernhard Roos, Annette Karl u.a. und Fraktion (SPD) Erhöhte Regionalisierungsmittel bevorzugt zur besseren Vernetzung von SPNV und ÖPNV, zur Wiederinbetriebnahme stillgelegter Bahnstrecken und dem beschleunigten Abbau von spezifischen Ausgabenresten für Baufortschritte nutzen! Drs. 17/8939, 17/9660 (E)					
		derführenden Ausschus d Medien, Infrastruktur, I	ses für Bau und Verkehr, Energie u	nd Technologie		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ		
	Z	2	₽	Z		

11.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Lehr- und Lernmethode des Service Learning/Lernen durch Engagement im LehrplanPLUS der weiterführenden Schulen fest etablieren Drs. 17/8940, 17/9751 (A)			
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Streckenstilllegungen und Rückbau vermeiden – Reaktivierungen ermöglich Drs. 17/8953, 17/9662 (E) 				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
13.	Antrag der Abgeordne Benno Zierer u.a. und Reduktion der Schäde Drs. 17/9059, 17/9753	Fraktion (FREIE WÄH n durch Schwarzwild -	ILER)	er aufheben
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Alexandra I Stefan Schuster u.a. SPD Technische Fakultät der FAU weiterentwickeln! Drs. 17/9085, 17/9741 (E) 			-	rsemann,
	Votum des federführer Wissenschaft und Kun			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	Z	Z	Z	Z

Anlage 1
zur 64. Vollsitzung am 2. Februar 2016

15.	Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Oliver Jörg, Petra Guttenberger u.a. CSU Bayern digital: Eine Chance für alle Menschen Drs. 17/9106, 17/9663 (E)				
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				Z	
16.	Antrag der Abgeordne Jürgen Baumgärtner u Voraussetzung für Aut Straßeninfrastruktur al Drs. 17/9112, 17/9664	i.a. CSU comatisiertes Fahren so oklären		en an die	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z			Z	
 Antrag der Abgeordneten Eberhard Rotter, Erwin Huber, Karl Freller u.a Bezahlbarer Wohnungsbau: Energieeinsparverordnung und Erneuerbare Energien-Wärmegesetz neu konzipieren und auf wirtschaftlich tragbare Anforderungen zurückführen Drs. 17/9154, 17/9665 (G) 			erbare-		
	Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie				
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
				A	
18.	Dringlichkeitsantrag de Erwin Huber u.a. und Novellierung des Verg Drs. 17/9230, 17/9666	Fraktion (CSU) aberechts mittelstands			
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ	
	Z			Z	

zur 64. Vollsitzung am 2. Februar 2016

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Transparente Offenlegung der gesamten Standardisierten Bewertung zum geplanten 2. S-Bahn Stammstreckentunnel Drs. 17/9232, 17/9670 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Freiberufliche Struktur bei Architekten und Bauingenieuren erhalten Drs. 17/9259, 17/9668 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z